

Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400



N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt-, Finanz- und
Personalausschusses am 21.12.2005

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Rathaus Roßlau, kleiner Beratungsraum EG

Anwesend:

Vorsitzender:

Herr Klemens Koschig

Ausschussmitglieder:

Herr Kurt Brumme
Herr Hans-Peter Dreibrodt
Herr Lutz Föse
Herr Rainer Gerdung
Herr Hans-Joachim Mau
Frau Hannelore Sauermilch
Herr Klaus Tonndorf
Herr Wolfgang Tremer

Verwaltung:

Frau Sylvia Otto
Herr Wolfgang Schmieder

es fehlten:

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Tagesordnung
3. Protokollkontrolle (öffentlicher Teil)
4. Neujahrsempfang
5. Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Bürgermeisters
6. Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1. Dreikönigsfrühschoppen
 - 6.2. Bundesrats-Seminar
 - 6.3. Bertelsmann-Stiftung
 - 6.4. Gemeinsame Sitzungen von Ratsgremien

Niederschrift

1. Begrüßung

- Der Vorsitzende des Hauptausschusses eröffnet die letzte Sitzung des Hauptausschusses im Jahre 2005 und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest.
- HA ist mit 7 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.
- Verweis auf die im Anschluss der Sitzung stattfindende Vorstellung des Einzelhandelsgutachtens im Zusammenhang mit dem Edeka-Vorhaben in Roßlau.

2. Tagesordnung

- keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

Beschluss 01/15/05: Die Tagesordnung wird bestätigt.
Einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
7	0	7	0	0

3. Protokollkontrolle (öffentlicher Teil)

- Protokoll (IV/14/05) über die öffentliche Sitzung des HA am 30.11.2005
- zu TOP 8 und 9) Kommunalaufsicht fordert jetzt bei Einreichung von HH-Satzung und –Plan zur Genehmigung die Beifügung der TO und des Protokollauszuges der betreffenden Gemeinderatssitzung.
- Herr Tremer erscheint 17:05 Uhr zur Sitzung.
- Insgesamt muss für das Jahr 2005 festgestellt werden, dass der Landtag zwar einige gesetzliche Regelungen abgeschafft hat, dass gleichzeitig die Bürokratie deutlich zugenommen hat.
- Erfahrungsaustausch mit der Stadt Belzig:
 - BM Kiep hat um Aufschub gebeten, da sich nicht nur 50 deutsche Zeitungen sondern auch die uKA mit der „Spuck-Verordnung“ beschäftigen
 - Vorbereitung des angeregten Erfahrungsaustauschs für März/April
 - Einbeziehung weiterer Themen (Belzig steht kurz vor der Ernennung zum Bad)
- Kreisumlage: Kreistag hat Haushalt 2006 samt Erhöhung um 2 % Punkte beschlossen, also knapp 5 %. Damit steht fest, dass Stadt Roßlau sehr frühzeitig Nachtragshaushalt verabschieden muss.
- Bescheid über Kreisumlage 2006 ist bereits eingetroffen (wird Durchschrift gewünscht?)
- Leider haben sich nur 2 Mitglieder des Kreistages zur Kreisumlage geäußert, ansonsten war offensichtlich dem KT die Situation der Gemeinden egal (Erhöhung KU belastet fast alle Gemeinden und entlastet Landkreis nicht nennenswert).

Schreiben des Landkreises Anhalt-Zerbst zu Kommunalrechtlichen Stellungnahmen zu Förderanträgen:

Bezug nehmend auf das Schreiben vom 06. Oktober 2005 ist es erforderlich, nochmals Hinweise zur Einreichung von Unterlagen für die Prüfung der Fördermittelanträge seitens der Kommunalaufsicht zu geben.

Den Unterlagen ist zukünftig beizufügen:

1. Erfolgt die Beantragung einer Maßnahme erst für kommende Haushalts- bzw. Wirtschaftsjahre, so ist dem Antrag ein Entwurf des Haushalts- bzw. Wirtschaftsplanes oder der Finanzplan unter Nennung der Einordnung der Maßnahme (Haushaltsstelle bzw. Finanzierungsbedarf) beizufügen.
2. Gemäß § 10 Abs. 2 GemHVO ist bei Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung unter mehreren in Betracht kommender Möglichkeiten durch den Vergleich der Anschaffungs- und Herstellungskosten und der Folgekosten die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln. Somit ist dem Fördermittelantrag die Folgekostenbetrachtung für das Fördervorhaben beizufügen. Ist keine Folgekostenbetrachtung vorgenommen worden, ist das Fehlen dieser zu begründen.
3. Vom Antragsteller ist dem Fördermittelantrag die Beitrags- bzw. Gebührensatzung oder Entgeltordnung, die im Zusammenhang mit dem Fördervorhaben stehen, beizufügen. Gleichzeitig ist mitzuteilen, ob eine Kostendeckung entsprechend § 5 KAG-LSA gegeben ist.
4. Der Kommunalaufsicht ist mitzuteilen, ob Dritte an dem Fördervorhaben beteiligt sind. Ist dies der Fall, so ist vom Antragsteller detailliert aufzuschlüsseln entsprechend dem Vordruck „Prüfvermerk“, der mit dem Schreiben vom 06. Oktober 2005 zugesandt wurde.
5. Der Antragsteller sollte darüber hinaus die Notwendigkeit des beantragten Fördervorhabens kurz und präzise begründen.

Sind die vorgenannten Unterlagen bzw. Erläuterungen zukünftig nicht den Anträgen beigelegt, so kann eine Prüfung des Förderantrages seitens der Kommunalaufsicht nicht abschließend erfolgen.

- zu TOP 10) Verwaltungsvereinbarung
 - Stadtrat hat Behandlung der BV 450/05 von Tagesordnung abgesetzt wegen Diskussionsbedarfs über 2 vorliegende Fassungen.
 - HA hatte noch keine Gelegenheit, sich damit zu befassen, da HA des Stadtrates Dessau einseitig neue Fassung beschlossen hatte.
 - Unterlagen liegen allen Mitgliedern des Stadtrates vor.
 - Versagung der Genehmigung des Fusionsvertrages: mit Datum vom 16.12.2005 Widerspruch zur Fristwahrung eingelegt.
 - Stadt Dessau hat ebenfalls Widerspruch eingelegt.
 - Anfang nächsten Jahres Verständigung über weitere Verfahrensweise.
 - Bleibt die Beantwortung der Frage: Was ist am 01.07.2007?

Vorschlag: Anregungen, Hinweise zur BV 450/05, um Tagesordnung für Stadtrat vorbereiten zu können.

- Herr Mau: HA Dessau hat CDU-Antrag mehrheitlich angenommen, dem HA Roßlau auch folgen sollte
- Herr Dreibrodts gibt zu Protokoll, dass er weiterhin den Wunsch geäußert hatte, dass jeder Stadtrat den Ablehnungsbescheid erhalten sollte.
- Herr Dreibrodts regt an, dass jeder Stadtrat Unterlagen zur Versagung erhält.
- Mitglieder HA verweisen auf Fraktionsarbeit.
- Herr Föse verweist auf die Wichtigkeit der Fraktionsarbeit.

- Frau Sauermilch erläutert den Unterschied zwischen Beschlussvorlage und sonstigen Unterlagen
- Fortsetzung der Diskussion unter TOP 6.
- zu TOP 12.2) an der JHV FFw Meinsdorf hat kein Stadtrat teilgenommen
- zu TOP 12.4.) in der 2. Adventswoche fanden sich noch Sponsoren für die noch unbesetzten Fensterchen
- zu TOP 12.6.) Anregungen, Hinweise und Vorschläge für die Wahlkreisbereinigungen
 - a) Verbesserungen im Ort, die lohnenswert sind, näher zu betrachten
 - b) spezifische aktuelle Probleme im Ort
- keine Wortmeldungen
- keine landespolitisch relevanten Verbesserungen bzw. spezifische Probleme im Ort
- zu TOP 12.7.) zur Telefonumfrage hat Stadtrat Dreibrodts eine Stellungnahme der
 - uKA eingeholt
 - Verwaltung hat davon bisher keine Kenntnis bekommen
 - Herr Dreibrodts gibt eine Kopie an BM heraus.

Beschluss 02/15/05: Das Protokoll (IV-14/05) über die öffentliche Sitzung des HA am 30.11.2005 wird bestätigt.
Einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
8	0	6	0	2

4. Neujahrsempfang

- Stadtrat hat am 14.12.2005 HH-Satzung und HH-Planung 2006 beschlossen
- Herr Brumme erscheint um 17:25 Uhr zur Beratung
- wurde mit Datum vom 15.12.2005 zur Genehmigung durch Landkreis eingereicht
- Genehmigung binnen 4 Wochen dürfte auch nichts im Wege stehen
- bis dahin gilt die vorläufige HH-Führung
- The same procedere as every year: Bitte um Zustimmung zur Durchführung des Empfangs und die Zurverfügungstellung der erforderlichen Mittel (Musik, Essen, Trinken, Bewirtung).

Beschluss 03/15/05: Die Durchführung des Neujahrsempfangs der Stadt Roßlau und die dazu erforderlichen HH-Mittel werden bewilligt.
Einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
9	0	9	0	0

5. Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Bürgermeisters

- entfällt

6. Mitteilungen und Anfragen

6.1. Dreikönigsfrühschoppen

- 06.01.2006, 11:00 Uhr, Gaststätte „Zum Ratskeller“

6.2. Bundesrats-Seminar

- „Bundesrat und Föderalismus im parlamentarischen System Deutschlands“
- Veranstalter: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
- sehr interessantes Angebot: 06. – 10.02.2006
- Fortbildung für 30 Kommunalpolitiker
- Teilnahme entscheidet sich nach Eingang der Anmeldungen
- Anmeldungen bis 29.12.2005 im Büro BM.

6.3. Bertelsmann-Stiftung

- Umlauf einer Publikation mit Bitte um Anmeldung, wenn Interesse an einem Exemplar besteht.

6.4. Gemeinsame Sitzungen von Ratsgremien

- Man regt an, mit Dessau gemeinsame Vorgehensweise abzustimmen
- Herr Tonndorf ist über einseitiges Vorgehen des Dessauer Hauptausschusses verwundert
- Herr Brumme erläutert den „Regiefehler“
- Herr Föse informiert über Auseinandersetzung mit der Dessauer CDU-Fraktion
 - Vereinbarung wurde kommunalrechtlich geprüft
 - daraufhin hat CDU Anträge eingebracht, die Prüfung standhalten
 - Personalräte stimmen dem Verwaltungsentwurf zu, signalisierten aber, dass HA-Fassung nicht zugestimmt werden kann.
- Herr Tremer: Dokument (konsensfähig), an dem ½ Jahr gearbeitet wurde, wird einfach vom HA umgeworfen (das hat was von Eingemeindung).
Neues Papier braucht von Stadträten nicht beschlossen zu werden, denn die gesetzlichen Regelungen stehen fest → alle Mitarbeiter verlieren ihren Dienstherrn und alle Stellen der neuen Stadt sind neu zu besetzen)
- Herr Gerdung: - vermisst Bekenntnis zum Fusionsvertrag und weist die Änderungen in der Vereinbarung aus.
- Herr Tonndorf möchte §§ 3 – 27 neu beraten, sollte schnellstens begonnen werden.
- CDU hat vorgeschlagen, Dessauer HA-Fassung auch zu beschließen.
- PDS regt an, die mit Personalräten abgestimmte Vereinbarung zu beschließen.

- Man appelliert an gemeinsames Handeln, denn Fusion ist schwer genug.
 - Herr Dreibrod: CDU-Vorschlag wurde im HA Dessau mit überwältigender Mehrheit beschlossen.
 - Herr Brumme: Entwicklung Eingliederungsstellenplan ist akzeptabel.
 - Anfrage Herr Dreibrod zum Echo in der Verwaltung: genauso unbefriedigend wie unter den Stadträten.
Leider haben Dessauer am 06.12.2005 Angebot Verhandlungsfaden wieder aufzunehmen ausgeschlagen. AG arbeitet weiter, so weit Personalhoheit der Dienstherren reicht.
 - Es fehlt: 1. politisches Signal für Mitarbeiter und Bürgerschaft
2. Wenn keine Einordnung in Dessauer Struktur möglich ist, aber Einordnung bei Änderung der Dessauer Struktur wirklich sinnvoll ist.
 - Gespräche mit Mitarbeitern sehr positiv, konstruktiv und optimistisch.
- Festlegung:** Prüfung der Dessauer HA-Variante in Vorbereitung der weiteren politischen Diskussion der Verwaltungsvereinbarung
- Bitte um Gespräche mit Dessauer Kollegen, um gemeinsame Linie wieder aufzunehmen und auch gemeinsam wieder Verwaltung einzubeziehen.
 - Herr Föse unterstützt Vorschläge und bittet um Zusammenarbeit auch in der SPD und PDS
 - Verwaltung erbittet Kommentierung
 - Vors. HA schließt 18:15 Uhr den öffentlichen Teil.

Im Anschluss findet eine gemeinsame Beratung mit dem Wifö-Ausschuss zur Vorstellung des Einzelhandelsgutachtens der GMA statt.

Roßlau, 19.02.08

Klemens Koschig
Vorsitz Haupt-, Finanz- und
Personalausschuss

2. Unterschrift